

Orientierung gesucht: Wie kann Zivilgesellschaft wieder für mehr demokratische Zuversicht in Deutschland sorgen?

Jérémie Gagné • David Melches

Wirtschaftsflaute, politische Verunsicherung, sowie verbreitete Spaltungs- und Vereinzelungsgefühle – Deutschland scheint vor den vorgezogenen Bundestagswahlen vielen im Dauerblues. Fragt man Menschen nach ihrer Einschätzung der Lage, könnte man meinen, dass das einst auf seine Leistungs- und innere Ausgleichsfähigkeit stolze Land das Selbstbewusstsein verliert. Gefühlt mangelt es an vielen Ecken und zudem an politischen Kräften, denen die Mehrheit eine kompetente Lösung der größten Probleme zutraut.

Diese Stimmung bahnte sich schon länger an. Unsere Forschungsergebnisse zeigten bereits vor einigen Jahren, dass die Menschen zu häufig das Vertrauen in eine gute Zukunft und handlungsfähige Gesellschaft verlieren. Nach der Corona-Zeit, die verbreitet als schwerer Einschnitt empfunden wurde, haben dann noch Preissteigerungen gnadenlos zugeschlagen und bei vielen zu einer Verschärfung des Alltags geführt.

All das bietet reichlich Nährboden für illiberale Kräfte, die in den vergangenen Jahren deutlich an Zustimmung zulegen konnten. Demokratische Akteure ringen mittlerweile, man kann es beobachten, auf offener Bühne immer hitziger darum, wie sie damit umgehen und wieder selbst in die Initiative kommen sollen.

In dieser Gemengelage fragen sich viele zivilgesellschaftliche und bürgerschaftlich motivierte Akteure, was sie tun können, um unsere Gesellschaft wieder auf einen positiveren Pfad zu führen. Wie können sie Zuversicht und kollektive Handlungsfähigkeit von Neuem voranbringen, unserer Demokratie ihr Selbstbewusstsein stärken?

Diese Fragen treiben auch uns bei More in Common um. Als gemeinnützige Initiative zur Stärkung des Zusammenhalts wollen wir helfen, Antworten zu finden, weil uns die gesellschaftliche Gesprächs- und Gestaltungsfähigkeit am Herzen liegt. Zu diesem Zweck forschen wir seit 2019 umfassend zur gesellschaftlichen Dynamik in Deutschland: um zu verstehen, was Menschen derzeit umtreibt, was sie trennt und was sie verbinden kann; und um auf dieser Grundlage u. a. mit zivilgesellschaftlichen Partnern vielversprechende Handlungsansätze stark zu machen.

Das haben wir auch Ende 2024 wieder getan und über 2.000 Menschen in einer groß angelegten qualitativen und quantitativen Studie zu ihrem Gesellschaftsempfinden befragt (1). Dabei konnten wir einmal mehr durch unsere sozialpsychologisch fundierte Brille sechs gesellschaftlicher Typen (d.h. sechs erstmals im Jahr 2019 statistisch ermittelter Bevölkerungssegmente) schauen, die sich in ihren Werten, ihren Grundüberzeugungen und ihrem Blick auf unsere Gesellschaft unterscheiden. Mit ihrer Hilfe können wir Nuancen innerhalb der Bevölkerung offenlegen und nachverfolgen, wie sich bestimmte Wahrnehmungen und Einstellungen über unsere Gesellschaft verteilen.

(Weitere Infos unter www.moreincommon.de.)

Um die wichtigste Kernerkenntnis unserer neuesten Forschung vorwegzunehmen: Ja, die Menschen blicken sehr kritisch auf die derzeitige politische und gesellschaftliche Realität. Aber unter all der Kritik steckt ein starker Wunsch nach kollektiver Handlungsfähigkeit, den es politisch und eben auch zivilgesellschaftlich aufzugreifen gilt.

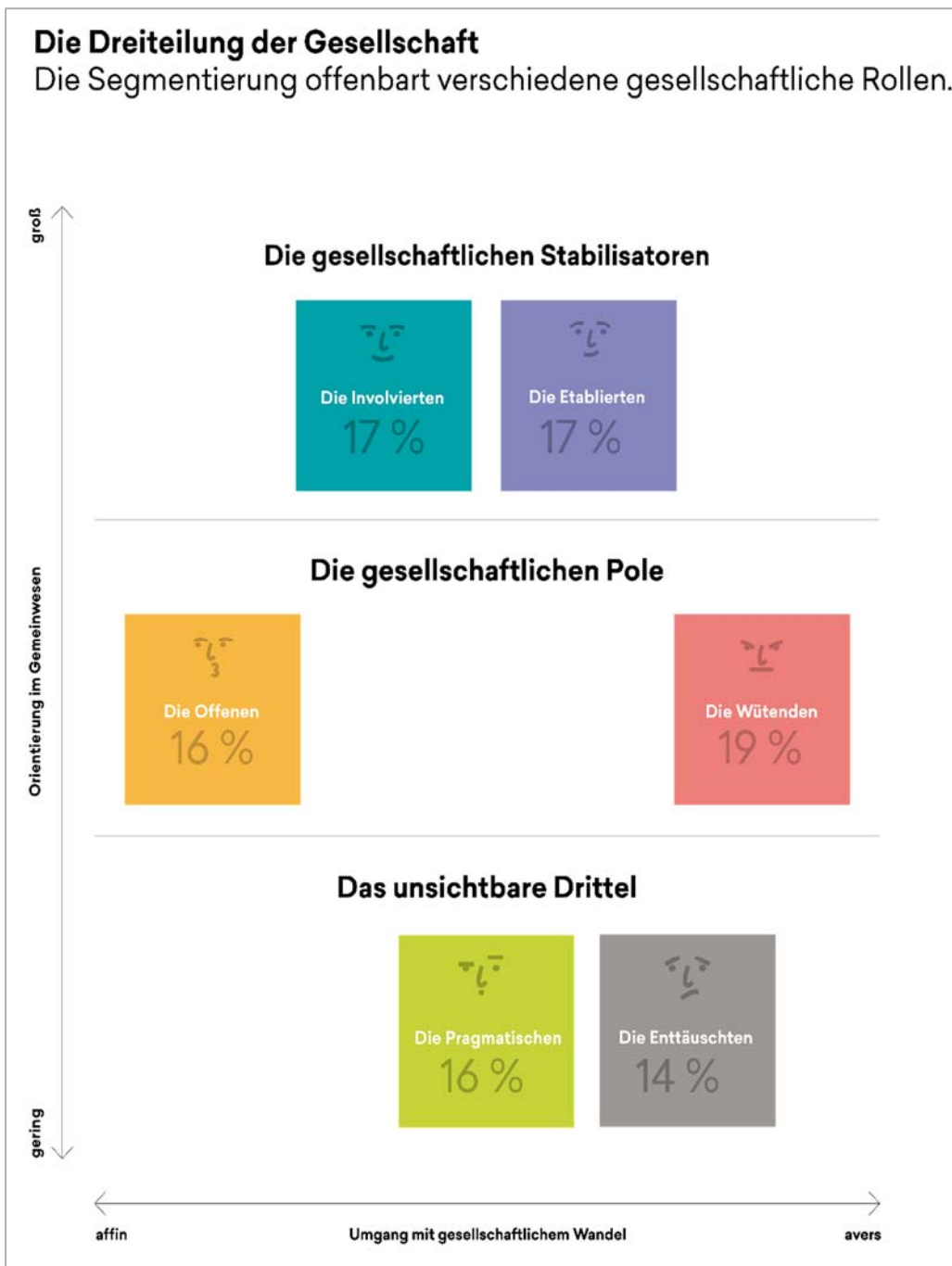


Abbildung 1: Die Dreiteilung der Gesellschaft. Quelle: More in Common (2019)

Zentrale Problembefunde aus Sicht der Menschen

In unseren Ergebnissen fällt zunächst auf, dass es einen weit verbreiteten Zukunftspessimismus gibt und viele Menschen nicht daran glauben, dass Politik uns gut aus der aktuellen Krisenlage »herausgestaltet«: 71 Prozent fühlen sich von der Politik alleingelassen und mittlerweile 79 Prozent empfinden unser Land als eher ungerecht. Demgegenüber glauben nur 19 Prozent, dass die Politik die wichtigen Probleme auch entschieden angeht – ein neuer Tiefstwert in der mehrjährigen More in Common-Forschung. Es fällt auf, dass auch eigentlich zufriedener gestimmte Bevölkerungssegmente, die wir in unserer Typologie (s. sechs gesellschaftliche Typen oben) nicht ohne Grund als »Stabilisatoren« bezeichnen, derlei Fragen derzeit häufig negativ betrachten.

In Reaktion ziehen sich viele Menschen auf Sicherungsmotive zurück: Ihre wichtigsten politischen Prioritäten sind die Themen Migration, Kriminalitäts- und Gewaltbekämpfung, sowie die wirtschaftliche und soziale Substanz. Gefühlt abstraktere oder weiter entfernte Themen, wie der Klimawandel oder der Krieg in der Ukraine, rutschen in der Liste der politischen Prioritäten eher nach unten.

Jenseits der Unzufriedenheit mit konkreter politischer Themenbearbeitung sollte allerdings auch ein tiefergehendes Unbehagen vieler Menschen mit der demokratischen Realität im Land sorgenvoll stimmen: Nur 43 Prozent haben das Gefühl, dass Bürgerinnen und Bürger Gesellschaft verändern können, und nur 32 Prozent fühlen sich mit ihren Ansichten politisch gut vertreten. In diesem Sinne überrascht es weniger, dass viele Menschen mit der Vorstellung hadern, wichtige politische Entscheidungen vor allem von gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern treffen zu lassen. Derzeit würden 69 Prozent stattdessen lieber selbst über solche Fragen abstimmen. Insgesamt zeigen sich in der Frage, wie Demokratie funktionieren sollte, Spannungen zwischen der möglichst konsequenten Durchsetzung eines gefühlten »Volkswillens« einerseits, und eher repräsentativ-demokratischen Vorstellungen von Pluralismus und Vertretung andererseits.

Diese Mischung aus Vertrauensmangel, Unzufriedenheit und abweichenden Demokratievorstellungen ist ein potenzieller Nährboden für illiberale Akteure: Er bietet ihnen die Möglichkeit, sich als Stimmen der »wahren« Demokratie darzustellen. Nicht zuletzt unter gesellschaftlich eher desorientierten Bevölkerungsteilen, zum Beispiel im »unsichtbaren Drittel« (S. Typologie), können sie markante Zustimmungswerte erzielen, obwohl diese Gesellschaftssegmente in Summe kein gefestigt nationalistisches oder autoritäres Weltbild haben. In unseren Forschungsgesprächen mit dem unsichtbaren Drittel kehrte der Gedanke eines »Spiels mit der Dosis« wieder: Einerseits könnten Wahlerfolge solcher Parteien die bisherige Politik herausfordern und unter Druck setzen; andererseits besteht durchaus Zuversicht, dass illiberale Kräfte im Notfall wieder eingehegt und so Gefahr abgewendet werden könne. In diesem Sinne stoßen warnende Appelle auch auf Skepsis.

All dies findet zudem vor dem Hintergrund eines innergesellschaftlichen Spaltungsempfindens statt, das mittlerweile 67 Prozent der Menschen teilen, und das sich zuletzt politisiert hat: Vor allem die empfundene Spaltung zwischen links und rechts hat im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutung zugelegt. Ein solches subjektives Spaltungsempfinden muss nicht zwingend objektiv begründet sein, es kann sich aber verselbstständigen. In dem zugleich 75 Prozent denken, dass die Menschen in unserem Land sich in erster Linie »um sich selbst« kümmern und also Vereinzelungsgefühle stark ausgeprägt sind, kann bei vielen die Sorge vor einer Gesellschaft aufkommen, die »es nicht mehr gemeinsam kann« oder auch nicht mehr richtig will.

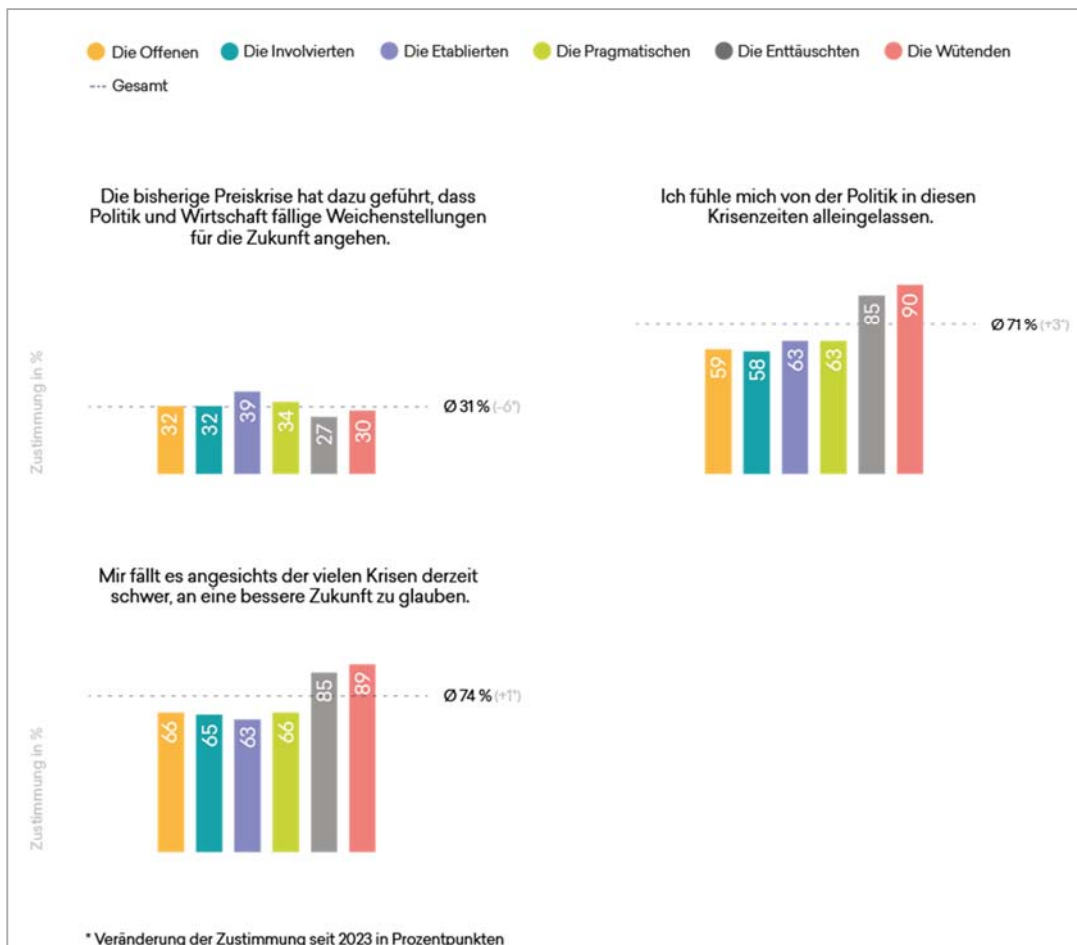


Abbildung 2: Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Hinweis: Obere Statements im Vergleich zu 2023 leicht sprachlich verändert, um Zeitverlauf Rechnung zu tragen. Quelle: More in Common (2024)

Wunsch nach kollektiver Handlungsfähigkeit

Bekanntlich aber hat jede Medaille zwei Seiten. Positiv gewendet, stehen den schwierigen Befunden oben große Potenziale beim Zukunftsbedürfnis der Menschen gegenüber. Wer mit unserem gesellschaftlichen Zustand hadert, wünscht sich in der Regel eigentlich etwas anderes. So denken 83 Prozent der Menschen regelmäßig über die Zukunftsentwicklung in unserem Land nach. Wir alle (oder zumindest die allermeisten von uns) machen uns also Sorgen und Gedanken darum, wie es weitergeht.

Das wird insbesondere daran deutlich, dass die Menschen sich vor allem stärkere kollektive Handlungsfähigkeit wünschen: Wenn man sie fragt, wovon Deutschland künftig mehr braucht, dann nennen sie vor allem Vertrauen zwischen Menschen (88 Prozent), Willen zur Veränderung (83 Prozent), mehr Mitsprache (81 Prozent) und mehr politische Zukunftsangebote sowie Engagement für die Demokratie (jeweils 78 Prozent).

Wenn wir uns anschauen, welche Eigenschaften in den Augen der Menschen ein ideales Deutschland der Zukunft ausmachen, dann stehen dabei drei Kerneigenschaften ganz oben: demokratisch, sicher und gerecht. Diese Qualitäten wurden in unserer Forschung schon früher als wichtig erachtet, erleben jedoch in unserer aktuellen Befragung einen Boom: Im Vergleich zu Ende 2021 schießt der Wunsch nach einem demokratischen

Deutschland um 18 Prozentpunkte nach oben und liegt mit insgesamt 68 Prozent vorne. Sicherheit verzeichnet einen Anstieg um 20 Prozentpunkte auf 53 Prozent. Und auch der Ruf nach Gerechtigkeit legt um sechs Prozentpunkte auf 46 Prozent zu. Die allgemeine Stoßrichtung scheint klar, die Menschen fokussieren sich wieder auf das, was unser Land ihrer Meinung nach ausmacht: unsere wesentlichen bundesrepublikanischen Kernstärken.

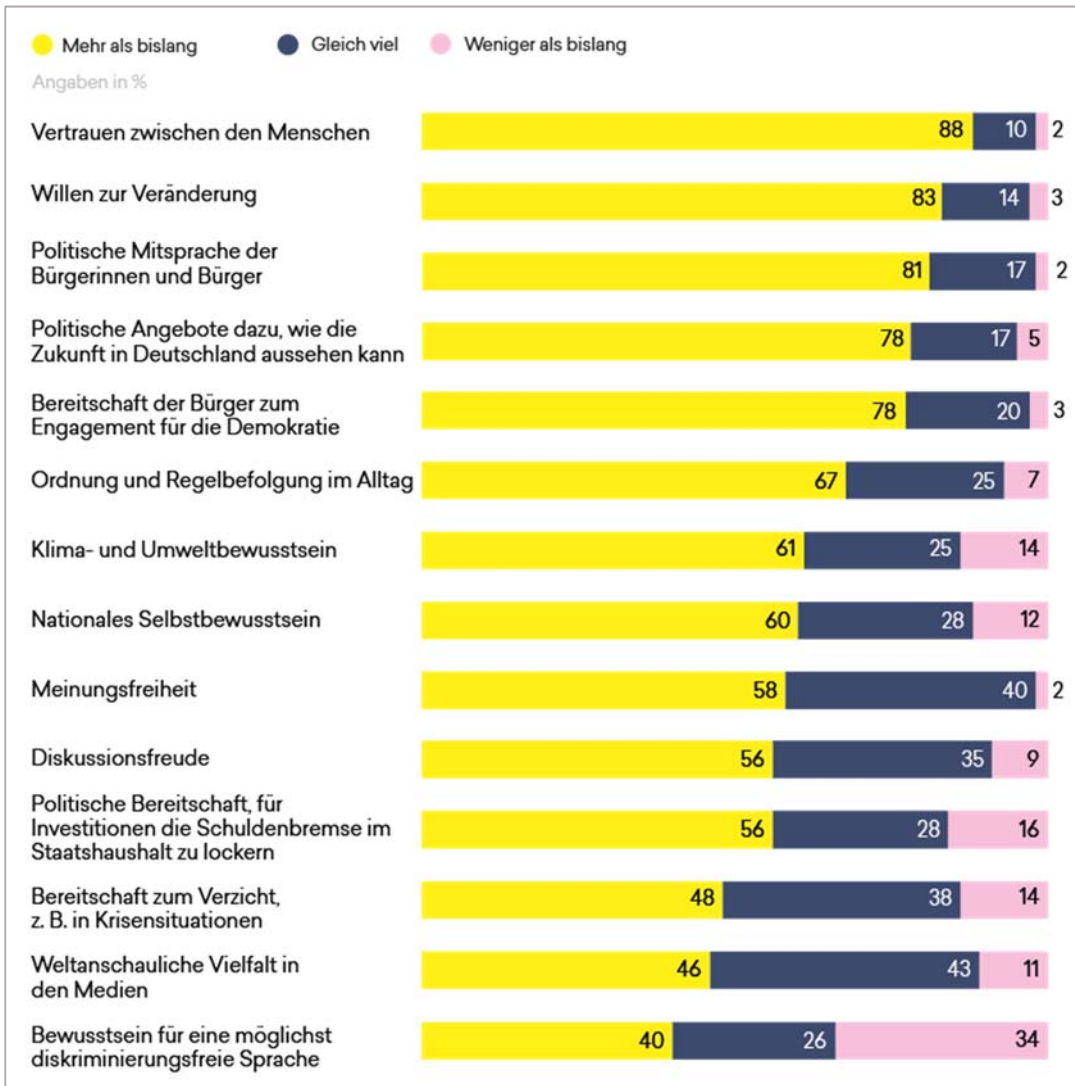


Abbildung 3: Braucht es Ihrer Meinung nach in der deutschen Gesellschaft künftig mehr oder weniger als bislang von den folgenden Dingen? Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt. Quelle: More in Common (2024)

Wenn wir dann noch näher heranzoomen, dann sehen wir, was genau die Menschen unter diesen Kernstärken verstehen und als besonders wesentlich erachten. Vor die Aufgabe gestellt, aus einer Liste an möglichen Zukunftsaussagen ihre Favoriten auszuwählen, wünschen sie sich vor allem ein Land, das für sie funktioniert: Ein Land, in dem alle ordentlich von ihrer Arbeit leben können (66 Prozent); in dem alle einander mit Respekt und Wertschätzung begegnen (53 Prozent); in dem wir keine Angst vor Verbrechen haben müssen (53 Prozent); in dem es gleiche Bildungschancen gibt (42 Prozent) und in dem dieselben Regeln für alle gelten (31 Prozent).

Die Menschen resignieren also bei ihren Bedarfen nicht, auch wenn ihr Blick getrübt und kritisch ist. Sie haben durchaus eine Vorstellung davon, wie das Land aussieht, das sie sich wünschen.

Die Zivilgesellschaft als Gesprächs- und Zukunftsmotor

Dieser Wunsch nach »Morgen« bietet einen großen Handlungsspielraum für alle Akteure, die sich für eine positive Zukunftsgestaltung in unserem Land einsetzen wollen. Hierbei kann vor allem zivilgesellschaftliches und bürgerschaftliches Engagement eine bedeutende Rolle spielen: In unserer Befragung waren zivilgesellschaftliche Akteure die einzigen, denen Menschen mehrheitlich (54 Prozent) attestieren, schon heute genug Verantwortung für unsere Zukunftsentwicklung zu übernehmen. Das ist ein wichtiges Pfund, das diese Akteure in das Ringen um neues gesellschaftliches Vertrauen, neue Zuversicht und neuen Elan einbringen können. Das ist auch und gerade im Kampf um unsere demokratische Kultur wichtig.

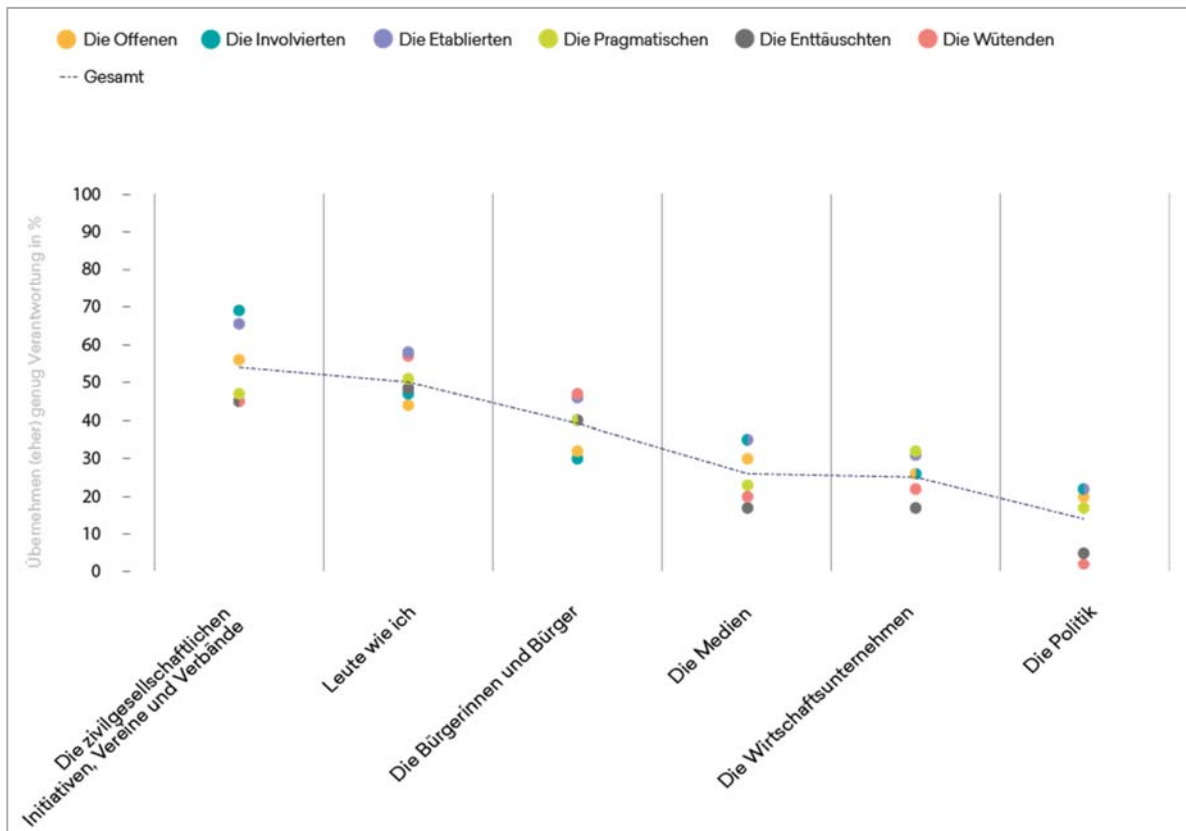


Abbildung 4: Was denken Sie: Übernehmen die folgenden Personen und Akteure derzeit genug oder nicht genug Verantwortung dafür, dass unsere Gesellschaft als Ganzes sich gut in die Zukunft entwickelt? Quelle: More in Common (2024)

Dabei kommen der Zivilgesellschaft ihre zahlreichen Stärken zugute. Genannt seien hier nur drei Beispiele für mögliche Ansatzpunkte:

Erstens kann und sollte Zivilgesellschaft Räume für De-Eskalation und Perspektivwechsel bieten. Wir haben weiter oben gesehen: Die deutsche Gesellschaft steigert sich womöglich gerade in ein allgemeines Spaltungsempfinden hinein, auf das nur die wenigsten Lust haben. Das hat Folgen für den Blick der Menschen aufeinander, aus Selbstschutz treten sie einander womöglich mit immer größeren Vorbehalten entgegen. Diesen Teufelskreis kann man aufhalten, indem man ihn kommunikativ offenlegt, so dass Menschen im Idealfall ihre gegenseitigen Ängste und Zuschreibungen erkennen und klären können. Das geht womöglich weniger durch konfrontative Formate, vor denen viele Menschen gerade im »unsichtbaren Drittel« habituell zurückschrecken, als

über Gelegenheiten zum behutsamen Nachdenken und Vertrauensaufbau, zur Richtigstellung gegenseitiger Negativ-Gewissheiten, zum Erkennen von Gemeinsamkeiten, sowie zur Herausarbeitung konstruktiver Nuance.

Zweitens geht es darum, unsichtbare Perspektiven stark zu machen und zu bündeln: Die Zivilgesellschaft mit ihren unzähligen Akteuren und Teilexpertisen hat Zugang zu vielen Lebenswelten, die derzeit in unseren Debatten (mindestens gefühlt) zu ungehört bleiben und sich außen vor fühlen. Viele von ihnen finden wir in den von uns als »unsichtbares Drittel« bezeichneten Gesellschaftssegmenten. Zivilgesellschaft kann und sollte für diese Menschen eine Übersetzer- und Verstärkerfunktion erfüllen, indem sie ihre Belange als Vertrauenspartner erfragt und einholt, aufgreift und im öffentlichen Raum stark macht. Das kann Gefühle des Vertreten- und Gesehenwerdens, der eigenen gefühlten Handlungsmacht und Mitsprache wieder stärken. Und es wird sich lohnen, denn auch Menschen abseits der bisher lauten Stimmen haben viele bedenkenswerte Zukunftsimpulse für die Gestaltung unseres Landes!

Drittens tut es allerseits not, Zukunftsbedarfe offensiver aufzugreifen und das Deutschland der Zukunft zu erzählen. Die Menschen brauchen derzeit nicht nur Appelle und Mutmach-Parolen. Sondern sie brauchen glaubhafte Angebote und Impulse, die vermitteln, dass diese Gesellschaft es noch kann und wieder den Vorwärtsgang findet. Dazu gehört das Einfordern notwendiger Verbesserungen (z. B. in der öffentlichen Infrastruktur) genauso wie das Feiern bürgerschaftlicher Erfolge – und vor allem das selbstbewusste Einfordern von klaren Zielbildern seitens der Politik. Menschen wollen, dass sich unser Land wieder etwas zutrauen kann. Zivilgesellschaft kann hier Wichtiges zur kollektiven Gestaltungsarbeit beitragen.

Bei all dem geht es auch um die richtigen Bündnisse. Jeder einzelne zivilgesellschaftliche Akteur hat seine Stärken, aber manchmal kommt es auf Arbeitsteilung an. Gemeinsam kann man bislang unerreichte Zielgruppen in der Bevölkerung womöglich leichter ansprechen bzw. sich darin ergänzen – und deshalb können gerade auch »unorthodoxe« Partnerschaften aus unterschiedlichen Bereichen Sinn ergeben. Akteure z. B. aus dem NGO-Bereich, dem sozialen Sektor, der Gemeindefarbeit, der Freizeitgestaltung und auch Akteure des Wirtschafts- und Arbeitslebens sollten sich stets fragen, wie sie gemeinsam zu breiterer Wirkung gelangen können. Dabei kann die Einbindung von örtlichen Vertrauensakteuren und »Alltagsheldinnen« (nur ein Beispiel: Sicherheits- und Rettungskräfte) hilfreich sein, die von vielen Menschen als Leistungsträgerinnen und -träger anerkannt sind.

Insgesamt geht es, gerade auch im Hinblick auf illiberale Kräfte, um den Kampf um das Vertrauen und die Zuversicht der Menschen, und um starke Signale, dass konstruktive Akteure Zukunft immer noch am besten ausbuchstabieren können. Dazu gehört auf der einen Seite, Menschen ohne Belehrungston dialogisch aufzuzeigen, was konkret und greifbar passieren kann, wenn wir unsere bisherigen demokratischen Gewissheiten aufs Spiel setzen. Und auf der anderen (sozusagen positiven) Seite sollten Demokratinnen und Demokraten beweisen können, dass sie die vielversprechendsten, verlässlichsten, gerechtesten – und auch mitreißendsten – Ideen, Pläne und Gesprächsangebote haben.

Anmerkung

(1) Für weitere Informationen zur Methode und sämtliche Ergebnisse s. More in Common (2024): Orientierung gesucht: Wie es unserer Gesellschaft vor den Neuwahlen geht: www.moreincommon.de/media/amalgjdu/moreincommon_studie_neuwahlen_orientierung_gesucht.pdf

Autoren

Jérémie Gagné ist Lead Forschung bei More in Common Deutschland.

David Melches ist Associate Forschung bei More in Common Deutschland.

Kontakt:

More in Common Deutschland

E-Mail: deutschland@moreincommon.com

Internet: www.moreincommon.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de